

Armut, soziale Ungleichheit, Engagement und Partizipation

Juliane Meinhold

1989 veröffentlichte der Paritätische Wohlfahrtsverband seinen ersten Armutsbericht. 2017 findet sich der aktuelle Armutsbericht »Menschenwürde ist Menschenrecht« in einem breiten Diskurs zu Armut und sozialer Ungleichheit in Deutschland wieder: »Im Ergebnis hat das Land eine Gerechtigkeitsdebatte in einer Intensität erfasst, die zwar sehr spät einsetzt, aber Mut macht. ›Endlich‹: das ist das vorherrschende Gefühl bei all jenen, die diese ehrliche Diskussion um Armut, Ungleichheit und soziale Sicherheit seit Jahren einfordern.« (1)

Was zeichnet die Armutsberichterstattung des Paritätischen aus? Es sind selbstverständlich die fundierten empirischen Daten zur Armutsentwicklung. Im aktuellen Armutsbericht umfasst der Analysezeitraum Daten zur relativen Einkommensarmut von 2005 bis zum Jahr 2015. Damit können auch längerfristige regionale Entwicklungen nachgezeichnet und mögliche Trends identifiziert werden. Der Trend ist klar ablesbar: Eigentlich sind die Rahmenbedingungen günstiger denn je, der deutschen Wirtschaft geht es gut, die Steuereinnahmen der Öffentlichen Haushalte wachsen. Die Sozialversicherungen profitieren von dem Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten. Doch dieser positive Trend ist manifest an ein hohes Maß sozialer Ungleichheit gekoppelt. Neben der Ungleichheit der Vermögen hat sich auch die Divergenz der Einkommen deutlich erhöht. Ganze Teile der Bevölkerung sind dauerhaft von der Teilhabe an der Wohlstandsentwicklung ausgeschlossen (2).

Doch die eigentliche Auszeichnung der Armutsberichterstattung des Paritätischen ist diese: ungeschönt wird beschrieben, was Armut und soziale Ungleichheit für die betroffenen Menschen real bedeutet. Es werden unterschiedliche Gruppen in den Blick genommen und es wird sehr genau untersucht, wie sich Armut und soziale Ungleichheit beispielsweise für Alleinerziehende, Kinder und Jugendliche, Arbeitslose, alte Menschen, Migrantinnen und Migranten, psychisch kranke Menschen oder Menschen mit Behinderung auswirkt. Und es sind nicht allein die Zahlen, die überzeugen. Es ist die Verknüpfung zu einem Zustand, der alle Menschen verbindet, die Armut und sozialer Ungleichheit ausgesetzt sind, nämlich der Verlust an Würde.

Ein Verlust in zwei Richtungen. Es geht die eigene empfundene Würde verloren. Daraus folgt: Armut macht kaputt, Armut macht krank, Armut setzt das individuelle Selbstwertgefühl auf einen Nullpunkt. Das besonders bemerkenswerte daran ist, dass diese Entwürdigung seit Jahren narrativ von vielen Seiten geschürt wird. »Der Zeitpunkt, an dem in der neueren deutschen Geschichte erstmals wieder auf breiter Front eine Offensive gegen die Würde der von Armut betroffenen Menschen erfolgte, fällt mit der folgenreichsten Sozialreform in der Geschichte der Bundesrepublik zusammen, mit der Agenda 2010 und ihrem Herzstück Hartz IV. [...] Was tatsächlich den Namen verdient, war die Umwertung aller Werte, die von der rot-grünen Bundesregierung eingeleitet und umgesetzt wurde. Mit dieser Reform wurde das Solidaritätsprinzip auch formell verabschiedet und der

Sozialstaat von den Füßen auf den Kopf gestellt. Es wurde eine neue Rollenverteilung etabliert: In dieser Rollenverteilung gibt es keine unverschuldete Armut mehr: Armut sei keine Folge des Geldmangels, sondern des Mangels an Disziplin. Disziplinlosigkeit ist eines der Merkmale der Unterschichtkultur. [...] Die Unterschicht verliert die Kontrolle, beim Geld, beim Essen, beim Rauchen, in den Partnerschaften, bei der Erziehung, in der gesamten Lebensführung.« (3) Und es ist die gesellschaftliche Dimension der Menschenwürde ausgehend von politischen Entscheidungen und rechtlichen Festsetzungen, die in ihren vermeintlichen Grundfesten erschüttert wird. Es geht fast immer um Mindeststandards, wenn von Menschenwürde gesprochen wird, beispielsweise um das Mindestmaß an gesundheitlicher Versorgung von Flüchtlingen, um das Mindestmaß an Wohnraum oder um Hartz IV-Regelsätze. Hier liegt die angebliche aktuelle Würde bei bezifferten 409 Euro plus Wohnkosten (4).

Die entscheidende Erkenntnis ist: der Zustand kann von denen, die es betrifft, am wenigsten beeinflusst werden. Armut und Ungleichheit reduzieren Teilhabemöglichkeiten in großem Umfang. Das ausgeprägte Maß an Armut und Ungleichheit erzeugt Fliehkräfte, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt auf Dauer gefährden. Ein Alarmsignal ist, dass viele Menschen mit geringen Einkommen und wenig Teilhabemöglichkeiten den Eindruck haben, ihre Interessen würden im politischen Prozess nicht mehr angemessen berücksichtigt (5). Diese Feststellung ist nicht neu, wird aber im Zuge der aktuellen Armutsdebatte von neuen empirischen Ergebnissen untermauert.

Besonders erwähnenswert und vom Paritätischen entsprechend vorgestellt bzw. kommentiert (6) ist die vom Bundesarbeitsministerium in Auftrag gegebene Studie der Universität Osnabrück. Die Studie weist für Deutschland nach, »dass politische Entscheidungen mit höherer Wahrscheinlichkeit mit den Einstellungen höherer Einkommensgruppen übereinstimmen, wohingegen für einkommensarme Gruppen entweder keine systematische Übereinstimmung festzustellen ist oder sogar ein negativer Zusammenhang. Was Bürger/innen mit geringem Einkommen in besonders großer Zahl wollen, hatte in den Jahren von 1998 bis 2013 eine besonders niedrige Wahrscheinlichkeit, umgesetzt zu werden. In Deutschland beteiligen sich Bürger/innen mit unterschiedlichem Einkommen nicht nur in sehr unterschiedlichem Maß an der Politik, sondern es besteht auch eine klare Schieflage in den politischen Entscheidungen zulasten der Armen. Damit droht ein sich verstärkender Teufelskreis aus ungleicher Beteiligung und ungleicher Responsivität, bei dem sozial benachteiligte Gruppen merken, dass ihre Anliegen kein Gehör finden und sich deshalb von der Politik abwenden – die sich in der Folge noch stärker an den Interessen der Bessergestellten orientiert.« (7) Ein möglicher Zusammenhang besteht mit der nachlassenden Bereitschaft zur politischen Partizipation. Es sind insbesondere die Schichten, deren Einfluss sich als besonders gering darstellt, »die immer weniger von ihrem Wahlrecht oder anderen Möglichkeiten der politischen Beteiligung Gebrauch machen.« (8)

Noch fataler als das Ergebnis der Studie ist der Versuch der Bundesregierung, dieses im Zuge des aktuellen Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung unter den Tisch zu kehren. Während im ersten Entwurf

auf das Fazit der Studie Bezug genommen wurde, sind im weiteren Verlauf der Erstellung des Berichtes sämtliche Passagen diesbezüglich gestrichen worden.

Nicht ganz so drastisch, aber von der Wirkung ähnlich ergeht es den Ergebnissen weiterer aktueller Studien der Bundesregierung, die den Zusammenhang zwischen Armut, sozialer Ungleichheit und politischer Partizipation bzw. Engagement im weitesten Sinne herstellen. Der Zweite Engagementbericht der Bundesregierung, veröffentlicht zum Ende der Legislaturperiode im März 2017 und damit in seiner möglichen Einflussnahme auf die Politik der aktuellen Bundesregierung quasi kaltgestellt, zeigt deutlich auf: »Dabei ist das Wahlverhalten zwar schon immer an die soziale Lage gekoppelt gewesen, die Abhängigkeit hat jedoch in den letzten Jahren deutlich zugenommen: Die unteren Einkommens- und Bildungsschichten haben sich von den Wahlen weitgehend verabschiedet.« (9) Was im Kontext der politischen Partizipation attestiert wird, wird auf den im Zweiten Engagementbericht eingeführten mehrdimensionalen Engagementbegriff erweitert. Gestützt auf verschiedene empirische Grundlagen wird die ungleiche Beteiligung der sozialen Schichten an Freiwilligenaufgaben belegt. »Angehörige der Mittelschicht und der höheren Schichten engagieren sich deutlich eher als Angehörige der einfachen Schicht. [...] Zum Problem werden die sozialen Unterschiede beim Engagement dort, wo sich Schließungstendenzen entwickeln: Angehörige ressourcenärmerer Schichten, die wegen ihrer schlechteren Voraussetzungen keinen Zugang zum Engagement finden oder denen ein Ehrenamt sogar intentional verweigert wird, müssen zugleich auf den Nutzen des Engagements verzichten – auf gesellschaftliche Anerkennung, Einbindung in ein soziales Netzwerk und die Erweiterung von Erfahrungen und Kenntnissen. [...] Wo derartige Schließungstendenzen wirken, kann auch das freiwillige Engagement, das der gesamten Gesellschaft dienen soll, zur Verfestigung und Vergrößerung sozialer Ungleichheit beitragen.« (10)

Der Diskurs hinsichtlich der Feststellung bestehender Armut und sozialer Ungleichheit in Deutschland ist scheinbar auf breitere Füße gestellt. Die Diskussion um die gravierenden Folgen der Manifestierung sozialer Spaltung und Undurchlässigkeit sowie ausbleibender Partizipation von Armut betroffener Menschen, und die daraus entstehende Frage, wie Politik zu Gunsten armer Menschen verändert werden muss, hat gerade erst begonnen.

Sowohl der Armutsbericht 2017 des Paritätischen als auch das Paritätische Jahresgutachten 2017 formulieren erneut eine Reihe Forderungen in einzelnen Politikbereichen, wie Gesundheitspolitik, Kinder- und Jugendpolitik, Arbeitsmarktpolitik oder der Politik für Menschen mit Behinderung. Die Forderungen stellt der Paritätische jedoch nicht allein, über breite Bündnisse bekommen sie politisches Gewicht. (11) In den Bündnissen sind explizit Organisationen und Zusammenschlüsse Betroffener wie die Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben in Deutschland e.V. oder der Verband alleinerziehender Mütter und Väter vertreten. Die spannende Frage für alle wird nämlich sein: wie beteiligen wir die von Armut und den Folgen sozialer Ungleichheit Betroffenen an der Diskussion und den anstehenden politischen Entscheidungen? Das »Nicht ohne uns über uns« der Behindertenrechtsbewegung sollte für die Armutsdebatte wegweisend sein.

Anmerkungen

- (1) Der Paritätische Gesamtverband (Hg.): Menschenwürde ist Menschenrecht. Bericht zur Armutsentwicklung in Deutschland 2017. Berlin 2017, S.1
- (2) Vgl. Der Paritätische Gesamtverband (Hg.): Abschied vom Aufstieg!? Paritätisches Jahresgutachten 2017. Berlin 2017. S.4
- (3) Joachim Rock: Störfaktor Armut. Ausgrenzung und Ungleichheit im „neuen Sozialstaat“. Hamburg 2017. S.17
- (4) Vgl. Der Paritätische Gesamtverband (Hg.): Menschenwürde ist Menschenrecht. Bericht zur Armutsentwicklung in Deutschland 2017. Berlin 2017, S.2
- (5) Vgl. Der Paritätische Gesamtverband (Hg.): Abschied vom Aufstieg!? Paritätisches Jahresgutachten 2017. Berlin 2017. S.4
- (6) Siehe Armutskongress 2017 Paritätischer Gesamtverband
<https://www.armutskongress.de/armutskongress-2017/>
- (7) Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) (Hg.): Forschungsprojekt Systematisch verzerrte Entscheidungen? Die Responsivität der deutschen Politik von 1998 bis 2015. Endbericht. Autoren: Lea Elsässer, Svenja Hense, Armin Schäfer. Universität Osnabrück. Berlin 2016. S.42
- (8) Ebd. S.43
- (9) Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (Hg.): Zweiter Bericht über die Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements in der Bundesrepublik Deutschland. Schwerpunktthema: »Demografischer Wandel und bürgerschaftliches Engagement: Der Beitrag des Engagements zur lokalen Entwicklung.« Berlin, 2017. S. 306
- (10) Ebd. S.196ff.
- (11) Siehe Paritätischer Gesamtverband Bündnis zum Armutsbericht 2017: <http://www.der-paritaetische.de/schwerpunkte/armutsbericht/vorwort/> und Bündnis Reichtum Umverteilen: <https://www.reichtum-umverteilen.de/>

Autorin

Juliane Meinhold ist Referentin Bundesfreiwilligendienst/Abteilung Soziale Arbeit beim Paritätischen Gesamtverband.

Kontakt

Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband - Gesamtverband e. V.

Juliane Meinhold

Oranienburger Str. 13-14

10178 Berlin

Tel. (030) 24 636 - 348

E-Mail: bfd@paritaet.org

www.paritaet.org

Redaktion

Stiftung Mitarbeit

Redaktion eNewsletter Wegweiser Bürgergesellschaft

Eva-Maria Antz, Ulrich Rüttgers

Ellerstr. 67

53119 Bonn

E-Mail: newsletter@wegweiser-buergergesellschaft.de